

zur zwang-
erte. Infolge
erteile.

Be 10

ocholt

T

abends 8 Uhr

aten

helt. uliste Dane, Düsel-

ntig. Tenor / Carl

hester: Städtisches

Gohre, Münster

lt.

d in der Buchhandl.

Platz 3.00 und

an der Kasse.

heater

ag, Montag:

ny.

roßen Zirkusfilm:

lix

nummer

und besser denn je.

men. 7 Akte!

en Mädchen:

Rheider Volkszeitung

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt
Mittlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
Kühnert und Amtler
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Nummer 85

Sozialdemokratische Wohnungspolitik.

Von
Stadttrat J. D. Treffert, Berlin.

Die Sozialdemokratie scheint die Wohnungspolitik im Wahlkampf kräftig gegen die sogenannten bürgerlichen Parteien und zugunsten der Sozialdemokratie auszusprechen zu wollen. Der „Vorwärts“ vom 11. März bringt einen Artikel von Lipinski, in dem darauf hingewiesen wird, daß man in der Wohnungspolitik grundsätzlich ein Stückchen weitergekommen ist. Es wird dann auf den Bürgerblock geschimpft. Es werden die sozialdemokratischen Agitationsanträge erwähnt und beschloffen: Den Grundfragen Leben zu geben ist Aufgabe der Wähler bei den kommenden Reichstagswahlen durch Wahl von Sozialdemokraten. Man hätte annehmen sollen, daß Lipinski nach der Absicht, die ihm der Zentrumsabgeordnete Tremmel im Reichstag zuteil werden ließ, schweigen würde. Das ist jedoch nicht der Fall, und so wie er gleichen Dufende im Lande herum und herläuft die Wähler vor. Den Sozialdemokraten muß deshalb ihr Spiegelbild überall dort, wo es notwendig ist, vorgehalten werden. Deshalb einige Tatsachen:

Die Sozialdemokratie hat keine Ursache, über die zweimalige Mieterhöhung von 10 Prozent ab 1. April und 1. Oktober 1927 sich aufzuregen und diesen Vorgang agitatorisch auszunutzen. Der Verordnung der Regierung hat der Reichsrat in seiner Sitzung vom 10. März 1927 in der vorgeschlagenen Form zugestimmt. Der Vorschlag der Mieterhöhung wurde mit den Stimmen der Vertreter der Preussischen Regierung, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Stimme des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten angenommen. Das Organ „Der Arbeiter“ erinnert in Nr. 5/1927 die Sozialdemokratie an ihre Heuchelei, die sie damit behauptet, daß sie im Reichstag die Abschaffung der Verordnung verlangt und fragt: Warum haben die Sozialdemokraten denn nicht im Reichsrat Protest eingelegt? Die Preussische Regierung hat doch den entscheidenden Einfluß! Und die Berliner Mieterpost, das Organ des Bundes der Mieter in Preußen, das die Stimmen der Sozialdemokraten im Reichsrat den Ausschlag gaben. Das Blatt schließt:

„An dieser tatsächlichen Feststellung wird dadurch nichts geändert, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen entgegengegesetzten Antrag einbrachte, der bei der politischen Konstellation des Reichstags von vornherein nur eine politische Demonstration darstellen konnte. Viel wichtiger wäre es gewesen, wenn die sozialdemokratischen Stimmen im Reichsrat gegen die Erhöhung ausgesprochen hätten, da die Entscheidung gerade von den Stimmen der Preussischen Staatsregierung abhängt.“

Interessant ist die Feststellung, daß Preußen, das durch die Sozialdemokratie mit den Ausschlag gibt, an der Spitze der Mieterhöhung stand und schon Anfang 1927 die Miete in Preußen um 6 Prozent höher stand als in anderen Ländern.

Im Berliner Rathaus, wo die Sozialdemokratie auslagerte, wurde Anfang 1927 eine wesentliche Erhöhung der Grundsteuern beschlossen, trotzdem sich diese Erhöhung in der Mieterpreissetzung wieder auswirkte. Die Miete ist dadurch in Berlin 3 Prozent höher als in anderen Städten. Jetzt beschließt die Sozialdemokratie eine weitere Erhöhung der Grundsteuer und damit eine weitere Mieterhöhung.

Die Sozialdemokratie ist als Beschützer des Mietwunders bekannt. Sie schimpft zwar kräftig über den Mietwucher, aber dort, wo ihre eigenen Leute den Mietwucher begünstigen, schweigt sie oder verteidigt ihn noch. In Berlin hat ein sozialdemokratischer Bürgermeister ein fälschliches Grundstück für 4000 M auf die Dauer von 30 Jahren vermietet. Die Mieter vertrieben die Räume sofort weiter für 125 000 M jährlich, machen also in den 30 Jahren ein Millionengeschäft. Der sozialdemokratische Bürgermeister wurde fortgesetzt auf dieses Geschäft aufmerksam gemacht, reagierte aber nicht, bis er in der Presse und der Stadtverordnetenversammlung angegriffen wurde. Die gesamte Presse hat diesen unerhörten Vorgang besprochen; nur die sozialdemokratische Presse schweigt sich aus; sie nahm sogar den „Genossen“ Schneider noch in Schutz, stellte sich also schützend vor Mietwucher und Preistreiber.

Die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft wird von der sozialdemokratischen Presse immer gegen den Minister Dirksler ausgesprochen. Sie verschweigt aber, ihren Lesern zu sagen, daß auch diese Verordnung nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht die sozialdemokratischen Minister in Preußen entweder zugestimmt oder gegen die Anordnungen Dirkslers nichts unternommen hätten. Man schimpft im Lande auf die Dirkslerverordnung, dabei tragen die Sozialdemokraten im Reichsrat unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten die Verantwortung. Man vergißt auch den Lesern zu sagen, daß in Völkern und Gemeinden, in denen die Sozialdemokratie mitzubestimmen hat, die

Bocholter-Borkener

Volksblatt

Sonntag, den 25. März

Anholt-Jessburger Zeitung

Geschäftsstellen:
Bocholt, Nealschul-
straße 14. Fernspr.
Sammelnr. 3054.
Rheide: J. Bettrichs.
Anholt: W. Welling.
Werth: Th. Parris.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Jahrgang 1928

Die Berichterstattung über die Donezverhaftungen.

Goldsteins Leiden und Erfahrungen.

Berlin, 23. März. Der Bericht des aus Rußland zurückgekehrten Ingenieurs Goldstein ist niederschmetternd. Selbst diejenigen, die bisher geneigt waren, in der Verhaftung der deutschen Ingenieure eine ungeschickte Maßnahme untergeordneter russischer Behörden zu erblicken, beurteilen die Angelegenheit jetzt wesentlich anders. Es wäre falsch, so meidet die „K. Z.“, nach solchen Vorformeln eine bewußte Böswilligkeit räterussischer Regierungsorgane noch abstreifen zu wollen.

Schon der Anblick Goldsteins macht einen starken Eindruck. In das trübselige Gesicht dieses großen Mannes haben die Ereignisse der letzten Wochen tiefe Spuren gezeichnet. Man merkt ihm deutlich an, daß seine Nerven sehr mitgenommen sind. Gerade weil dieser breite Mann sonst den Eindruck der personifizierten Ruhe und Sicherheit machte, in dessen Hand sich jede Unordnung entwicken mußte, jede Maschine wieder zu funktionieren begann, empfindet man heute den Wandel, wenn man dieses nervös arbeitende Gesicht sieht, das sich beim Sprechen immer wieder mühsam sammelt und entspannen muß. Dieses Gesicht sagt jedem, daß der Mann Schweres durchgemacht hat.

Gründe zur Verhaftung hat es keine gegeben, weder bei Goldstein noch bei den anderen Deutschen. Trotzdem wurden diese Männer, die — von den besten Beweggründen geleitet — nach Rußland gekommen waren, in unerhört brutaler Weise behandelt. Mit Mann sah sie zusammengepackt in einer Gefängniszelle von zehn Quadratmeter; in einer Ecke einen Eimer für die Bedürfnisse.

Goldstein hat sich heute fast den ganzen Tag der A. G. und den interessierten Reichsbehörden zur Verfügung gestellt und mühslich sowohl über die Verhaftungen als auch über die sonstigen Zustände im russischen Kohlengebiet berichtet. Seine umfassenden Darstellungen müssen noch überarbeitet werden und sollen dann baldmöglichst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, die begrifflicherweise an der Angelegenheit das größte Interesse nimmt. Morgen wird Herr Goldstein aus dem Reichsministerium des Innern Bericht erstatten. Danach wird das Kabinett mit der Frage zu befassen haben, welche Schritte gegenüber Rußland zu ergreifen sind. Denn bis auf den heutigen Tag ist es noch immer nicht erreicht, daß der deutsche Kohlenexport hat beizubringen können. Um deren Schicksal muß man leider ernstlich besorgt sein, da es durchaus möglich ist, daß die russischen Anlageneinheiten gegen sie mit Gefährlichkeiten oder wenigstens wissentlich entstellten Beweisurkunden vorgehen; einzig allein, um Gründe für diese Gefangennahme zu erhalten, die sonst nicht zu vertreten wäre und Rußland dem Geßpitz der Welt preisgegeben müßte. Auch Goldstein hat bereits diese Erfahrungen gemacht. Zum Glück gelang es ihm, die Falschung nachzuweisen, worauf er dann freigelassen wurde. Die näheren Umstände wird man aus dem amtlichen Bericht erfahren.

Goldstein ist von der Unschuld der Verhafteten überzeugt.

Berlin, 24. März. Der schriftliche Bericht des Oberingenieurs Goldstein über die Vorgänge, die in Rußland zu den Verhaftungen von deutschen Ingenieuren

geführt haben, liegt nunmehr dem Auswärtigen Amt vor. Aus dem Bericht ergibt sich, wie die „K. Z.“ am Montag meldet, im wesentlichen, daß schon seit langem zwischen den Ingenieuren und den Sowjetbehörden eine gewisse Spannung herrschte, die immer wieder in Streitigkeiten und Reibereien ihren Ausdruck fand. So haben namentlich in der letzten Zeit geradezu systematisch die Rußen bei jeder Lieferung von Material und Maschinen Beanstandungen gemacht und schon damals durch Bilden lassen, daß sie der Meinung wären, hier würde Sabotage getrieben. Die Ingenieure, namentlich auch die Deutschen, haben sich stets gegen diese Vorwürfe gewehrt. Sie setzen auf dem Standpunkt, daß die Lieferungen stets prompt und korrekt erfolgt wären. Während etwa von anderen beim Transport, jedenfalls vor der Abfertigung an die Auftragsstelle, an den Maschinen und am Material irgendwelche Veränderungen vorgenommen worden sind, kann von den Ingenieuren schwer festgestellt werden. Jedenfalls hat man Oberingenieur Goldstein freilassen müssen, weil die gegen ihn gerichteten Behauptungen und Beschuldigungen sich sofort als unbegründet erweisen haben. Goldstein ist aber auch der Ansicht, daß ebenso die Beschuldigungen gegen die übrigen Ingenieure unzutreffend seien.

Der Sowjetkandal und die deutsch- französischen Wirtschaftsbeziehungen.

Paris, 23. März. In industriellen und handelspolitischen Kreisen verfolgt man mit allergrößtem Interesse die Entwicklung des deutsch-russischen Streites über die Verhaftung der deutschen Ingenieure im Donez-Gebiet. Man ist sich in Paris darüber klar, daß der deutsch-russische Konflikt die Verwirklichung der Tarkuankonzeption unmöglich machen werde, eine Angelegenheit, die in Frankreich die früheren Besitzer der französischen Anlagen im Donezbecken aus stärkste Beunruhigung. Andererseits glaubt man in Kreisen der französischen Schwerindustrie, daß sich in Zukunft eine Verständigung zwischen den deutschen und französischen Industriellen über die Bildung eines deutsch-französischen Monopols für die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland sich leichter gestalten werde, die die schädliche Konkurrenz zwischen Deutschland und Frankreich auf dem russischen Markt beseitigen und es ermöglichen würde, zu gleichen Preisen und unter den gleichen Bedingungen und Garantien mit Rußland Handel zu treiben. Obgleich sich die Einfüsse der Sowjetregierung in Frankreich in den vier Monaten vom Oktober 1927 bis Januar 1928 im Vergleich zu den gleichen Monaten des Vorjahres verdreifacht hatten und von einer Summe von 3 Millionen Rubel (6 Millionen Mark) auf 9 Millionen Rubel gestiegen sind, werden die deutsch-französischen Handelsbeziehungen immer noch durch die Frage der Kreditgewährung aufs stärkste gefährdet. Man glaubt in Frankreich, daß eine deutsch-französische Kartellbildung es ermöglichen würde, günstigere Bedingungen für die Garantien der Kreditgewährung zu erlangen. Die Dauer des deutsch-französischen Streites wird im allgemeinen in Paris günstig beurteilt. Man rechnet mit einer baldigen Beilegung, die mehr aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen werde. In Zukunft würden, so vermutet man, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland von einander getrennt, wodurch sicherlich auch die Verhandlungen zwischen den französischen und deutschen Industriellen erleichtert werden würden.

bauprogramm stehe, erteilte der Magistrat die Antwort, „daß das Projekt nach wie vor in der Schwebe sei“. Nun kommt auch die Sozialdemokratie wieder und ersucht in einem Antrag den Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung baldigst einen — Bericht über das Wohnungsprogramm zu geben. Jetzt begnügt man sich also bereits mit einem Bericht, während man im Herbst den Bau von 8000 Wohnungen hätte beginnen können.

Die Sozialdemokratie hat gar kein Recht so zu tun, als ob sie von jeder der eifrigsten Förderer der Wohnungsbau- und Siedlungspolitik gewesen sei. Als die Sozialreformer Dr. Dipe, Dr. Jäger, Schröder, Stöcker und andere vor Jahrzehnten die Wohnungsfrage aufgeworfen hatten, hat die Sozialdemokratie diese Arbeit nur erschwert und aufgehalten. Die marxistische Doktrin läßt eine Wohnungsreform auch gar nicht zu. In einem Buch Friedrich Engels über die Wohnungsreform heißt es auf Seite 16:

„Um die modernen reaktionären Klassen des Proletariats zu schaffen, war es absolut notwendig, daß die Rabelschnur durchgeschnitten wurde, die den Arbeiter an den Grund und Boden bindet; und weiter: Die Ausbeutung der Arbeiter von Haus und Herd ist die allerbeste Bedingung ihrer geistigen Emanzipation“ und auf Seite 71: „Es fällt mir nicht ein, die sogenannte Wohnungsfrage lösen zu wollen.“

Die Sozialdemokratie hat nach diesem Rezept gearbeitet. Bebel hat noch Ende des vorigen Jahrhunderts es abgelehnt, Mittel aus der sozialen Versicherung für den Wohnungsbau zu bewilligen, und die Sozialdemokratie lehnte stets den Etat ab, in dem auch Mittel für eine Wohnungsreform enthalten waren. Erst kurz vor Ausbruch des Krieges änderte sie ihren Standpunkt. Heute tut sie so, als ob bei ihr allein die Interessen der Mieter wahrgenommen worden wären und künftig wahrgenommen würden. Es schadet deshalb nicht, wenn in der kommenden Wahlarbeit der Sozialdemokratie das Spiegelbild ihrer Tatkraft vorgehalten und die Missetaten darüber aufgedeckt werden, was von den Agitationsphrasen der Sozialdemokratie zu halten ist.

Die Kriegervereine im Wahlkampf.

Berlin, 24. März. Im „Kaffhäuser“, dem Organ des deutschen Reichskriegerbundes, äußert sich an leitender Stelle der Hauptkassiermeister Otto Kieckhefer über die Stellung der Kriegervereine im kommenden Wahlkampf. Es wird festgestellt, daß der Kaffhäuserbund keine Wahlparole ausgeben werde, sondern lediglich verlange, daß die Mitglieder ihrer Wahlpflicht nachkommen.

„Die Kriegervereine“, so heißt es weiter, „gehören in den Wahlkampf nicht hinein, es ist alles zu vermeiden, was auch im geringsten nur eine parteipolitische Auslegung erfahren könnte. Darum ist es ratsam, in diesen Wahlen nicht nur allen politischen Parteien, sondern auch allen Verbänden, gegenüber, deren Arbeit und Ziel auf parteipolitischen Gebiet liegt, größte Zurückhaltung zu üben. Was der einzelne als Privatmann tut, ist nicht Sache der Organisation, er darf aber seine Vorstands- oder Mitgliedschaft nicht für irgendeine Parteiache ausnützen oder als solche verwerten lassen.“

Die Bekämpfung von Schund- und Schmuhliteratur in Oesterreich.

Wien, 23. März. Im Bundesrat, der sich heute mit einem christlichsozialen Antrag auf baldige Erlassung der noch in der vorigen Session eingebrachten Vorlage über die Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmuhliteratur befaßte, erklärte nach einer längeren, zum Teil erregten Debatte Bundeskanzler Dr. Seipel, die Vorlage im Bundesrat sei eine Mahnung und Warnung vor der ungeheuren Ausbreitung von Schund und Schmutz im Volke, von der er erwarte, daß sie ein Echo weit draußen im Lande finden möge, um alle, die bisher den Lebensfragen des Volkes mit einem gewissen Leichtsinne gegenüberstanden, zur Mithilfe aufzurufen. Man nehme den Antrag namens der Regierung an. Auch er sei der Überzeugung, daß hier die Gesetzgebung eingreifen müsse, doch ließe damit nicht alles gesagt. Die ganze Bissenhaft mußte mithelfen, und da handele es sich nicht mehr um eine Erziehung der Jugend, sondern um die Erziehung der erwachsenen. Dr. Seipel sprach zum Schluß die Hoffnung aus, wenn der Nationalrat und dann wieder der Bundesrat sich mit der Gesetzesvorlage befassen, die Frage der Bekämpfung von Schund und Schmutz weniger als eine rein politische Frage betrachtet werde, sondern daß alle zusammen helfen an der Bewahrung der geistigen und körperlichen Gesundheit der Jugend, um dadurch an der Zukunft und am Glück des österreichischen Volkes mitzuarbeiten. (Anhaltender Beifall bei den Mehrheitsparteien.) Der Antrag der Christlich-Sozialen wurde hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Japanfeindliche Kundgebungen in China.

London, 24. März. Die Blätter berichten aus Schanghai über erneute japanfeindliche Agitation in Amoy, dem großen südchinesischen Seehafen, von Seiten des extremen Teils der chinesischen Bevölkerung. Das japanische Konsulat wurde von Böden mit Steinwürfen angegriffen. Ein Dampfschiff, das die japanische Flagge führte, wurde beschossen und noch weitere Akte wurden unternommen, die ernste Befürchtung unter den japanischen Einwohnern der Stadt verursachten. Laut „Daily Telegraph“ hielten die japanischen Einwohner eine Massenversammlung ab und verurteilten telegraphisch Tokio um sofortige Schritte durch die japanische Regierung zur Beseitigung dieses Zustandes. Der Anlaß zu den Unruhen war die
